

Graf fordert Uni-Milliarde zur Beseitigung der untragbaren Zustände

Utl.: Fehlentwicklungen waren absehbar - Auch die Grünen haben die Interessen der Studenten verraten =

Wien (OTS) - Der Dritte Nationalratspräsident und FPÖ-Wissenschaftssprecher Martin Graf fordert eine Uni-Milliarde zur Beseitigung der untragbaren Bedingungen an den Universitäten. Das Geld soll einerseits verwendet werden, um die Kapazitäten in Lehre und Forschung zu erhöhen. Andererseits müsse in zusätzliche Infrastruktur investiert werden. "Es muss sichergestellt sein, dass in Österreich jeder studieren darf, was er will, sofern er die dafür nötigen Qualifikationen aufweist", verlangt Graf und wendet sich damit klar gegen Zugangsbeschränkungen und auch gegen Studiengebühren, die von Noch-Wissenschaftsminister Hahn nun erneut in die Diskussion eingebracht werden.

Graf plädiert zudem für eine Änderung der Curricula weg von Verschulung der Studien und Klassenzimmer-Universität und zurück zu einem offenen und freien Lehr- und Lernsystem. Die jetzigen Probleme, die der Anlass für die Studenten-Proteste waren, seien vorhersehbar gewesen. Als einzige Partei habe sich die FPÖ immer gegen die zwangsweise Umstellung auf das Bologna-Modell ausgesprochen: "Es gibt einfach Studien, die sich nicht für das Bakkalaureat eignen. Dass der Wissenschaftsminister nun über die Leistungsvereinbarungen versucht, alle über einen Kamm zu scheren, ist höchst bedenklich. Die Entscheidung für oder gegen ein Bakkalaureats-Studium müssen die Universitäten autonom treffen dürfen."

Die Universitäten stünden allerdings auch in der Pflicht und müssten endlich die Kosten eines Studienplatzes berechnen und eine studienplatzbezogene Finanzierung ermöglichen. "Dies wurde in der letzten Sitzung der vergangenen Legislaturperiode von SPÖ, FPÖ und Grünen beschlossen. Leider ist die SPÖ bei der vergangenen UG-Reform im Juli wieder umgefallen", kritisiert Graf. Die FPÖ sei die einzige Partei, die auch in dieser Frage eine durchgehende klare Linie zum Wohle der Studenten verfolge. Die Grünen, die sich nun als Freunde der protestierenden Studentenschaft gerieren, hätten die Novelle zwar nicht mitbeschlossen, aber in weiten Teilen Zustimmung bekundet. Ihr Wissenschaftssprecher Grünewald habe damals sogar mehr Zugangsbeschränkungen verlangt als die Regierungsparteien.

Zu den aktuellen Protesten und Demonstrationen hält Graf fest, dass diese zwar dem Inhalt nach berechtigt seien, aber von den falschen Repräsentanten getragen würden: "Hier haben sich anarchistische und chaotische Elemente zu Studentenfürhern aufgeschwungen, was leider auch zu befürchten war. Die Mehrheit der Studenten schweigt und leidet nun doppelt - unter den schlechten Studienbedingungen und unter den Hörsaalbesetzungen." Den fleißigen Studenten sei die Politik verpflichtet und müsse zu ihrem Wohl die Fehler der Vergangenheit korrigieren.

Rückfragehinweis:

Freiheitlicher Parlamentsklub

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0233 2009-10-28/15:23

281523 Okt 09

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091028_OTS0233